

Massive Kritik am Niedersächsischen Weg

Forstwirtschaftsrat: Das ist de facto die Stilllegung der Waldbewirtschaftung

Von Dirk Fisser

OSNABRÜCK Der Artenschutz ist das Sommerthema in der niedersächsischen Landespolitik. Während Grüne und Umweltschutzverbände ihr Volksbegehren zur Artenvielfalt vorantreiben, setzt die Landesregierung auf den sogenannten Niedersächsischen Weg. Genau den kritisieren jetzt die Waldbesitzer massiv. Georg Schirmbeck, aus Niedersachsen stammender Präsident des Deutschen Forstwirtschaftsrates, sagt, er sei über den Weg „irritiert“. Letztlich gefährdeten die Pläne den ökologisch sinnvollen und aus Klimawandel-Gründen notwendigen Umbau des Waldes. Sein Verband gehörte nicht zu den Beteiligten des breit aufgestellten Projektes.

Schirmbeck moniert unter anderem, dass künftig nur noch europäische Bäume in niedersächsischen Wäldern gepflanzt werden sollen. So haben es die Vertragspartner des Niedersächsischen Weges – die Landesregierung, Umweltschutzverbände und das Landvolk – festgehalten. Ausnahmen nicht ausgeschlossen.

Schirmbeck aber sagt: „Wir benötigen junge, bunte, wachsende Wälder, deren Holz in langlebigen Holzpro-

dukten verarbeitet wird. Nur das ist gut für unser Klima.“ Dazu gehörten auch nicht aus Europa stammende Baumarten, die mit den Bedingungen des Klimawandels besser zurechtkämen als einheimische.

Nach Auffassung von Schirmbeck bedeute der Niedersächsische Weg de facto die Stilllegung der Waldbewirtschaftung in dem Bundesland – also das Fällen von Bäumen und den Verkauf von Holz. „Wem nützt das“, fragt Schirmbeck, „dem Klima oder den Ideologen?“

Reizthema Volksbegehren

Besonders die Beteiligung der Naturschutzverbände Nabu und BUND an dem Projekt ist Schirmbeck, ehemals CDU-Bundestagsabgeordneter, ein Dorn im Auge. Er behauptet: Sobald die Ziele des Niedersächsischen Weges in Gesetzesform umgesetzt seien, würden die Nichtregierungsorganisationen neue Forderungen in Sachen Umweltschutz stellen.

Der Verbandspräsident verwies auf das parallel laufende Volksbegehren Artenvielfalt von eben jenen Umweltverbänden und den Grünen. Es geht im Detail deutlich über den Niedersächsischen Weg hinaus. Der Nabu hat derweil betont, unter bestimmten Bedingungen be-



Georg Schirmbeck

Foto: imago images/Jürgen Heinrich

reit zu sein, das Volksbegehren zu stoppen.

„Es geht uns nicht darum, das Volksbegehren auf Biegen und Brechen um seiner selbst willen bis zum Ende durchzuziehen“, sagte der stellvertretende Nabu-Landesvorsitzende Nick Büscher, im Interview mit der „Oldenburgischen Volkszeitung“.

Voraussetzung sei, dass es bis spätestens November drei vom Landtag verabschiedete Gesetze (das Naturschutz-, das Wasser- und das Waldgesetz) „mit den entsprechenden Verbesserungen für die Artenvielfalt“ geben müsse. Die Gesetze müssten „den Zielvorstellungen des Niedersächsischen Weges genau entsprechen“.

Für den werden derzeit im Land Unterschriften gesammelt. Die entsprechenden Reformforderungen sind die zentralen Aspekte des Volksbegehrens. Im ersten Schritt müssen die Initiatoren 25 000 Unterschriften zusammenbekommen, um

dann das eigentliche Volksbegehren starten zu können. Hier werden 610 000 Unterschriften benötigt, damit sich der Landtag mit den Forderungen befassen muss.

Die Landespolitik hatte eigentlich gehofft, mit dem Niedersächsischen Weg, nach dem unter anderem der Anteil des Öko-Landbaus bis 2025 auf 10 Prozent und bis 2030 auf 15 Prozent erhöht werden soll, auch das Volksbegehren abwenden zu können. Dass die Naturschutzverbände trotzdem daran festhalten, hatte für Kritik verschiedener Regierungsvertreter gesorgt. Zuletzt betonte Umweltminister Olaf Lies: „Es ist eben keine freiwillige Vereinbarung, sondern ein verbindlicher Weg – rechtlich und finanziell abgesichert.“

Forst-Präsident Schirmbeck kritisiert derweil nicht nur die Naturschutzverbände. Auch den Bauernverband Landvolk, der sich am Niedersächsischen Weg beteiligt, bedenkt er mit Kritik: Die Nutzer des ländlichen Raumes sollten solidarisch zusammenhalten, findet Schirmbeck, „und sich nicht untereinander das Leben schwer machen“. Aus Sicht Schirmbecks findet ein „Kampf“ der Naturschützer „gegen die Nutzer im ländlichen Raum“ statt.